

## PROVOZIERTER EKLAT IN DER BVV 2

Entlarvt: CDU brüskiert mit konspirativen Mitteln und falschen Angaben

## DAS JUGENDPARLAMENT REINICKENDORF 3

Geschichten von Inseln, Optimismus und nicht gehaltenen Versprechen

# Wenn Intoleranz die Politik bestimmt

## KONSEQUENT Projekt des Jugendparlaments von der BVV verhindert?

Der Antrag in der letzten BVV, das Bezirksamt Reinickendorf möge dem »Bündnis für tolerantes und weltoffenes Reinickendorf« beitreten, wurde von der Bezirksbürgermeisterin (CDU) erneut abgelehnt. Das habe ich, ehrlich gesagt, nicht gleich verstanden. Das änderte sich aber im Verlauf der Sitzung. Denn Toleranz scheint tatsächlich für etliche Mitglieder der BVV, speziell mit CDU-Parteibuch, ein Fremdwort zu sein.

Es begann mit dem Antrag der CDU, keinen graffiti-Wettbewerb im Bezirk zuzulassen und endete mit einem Eklat während der Beantwortung der Großen Anfrage zu bezirkseigenen internet-Cafés.

Das neu gewählte Jugendparlament, das nun nicht mehr fest in der Hand der Jungen Union ist, plant einen graffiti-Wettbewerb im kommenden Jahr. Dazu sollte auch ein Konzept erarbeitet werden, das dem Jugendhilfeausschuss vorzulegen war. Dort äußerte ein BVV-Mitglied der CDU nichts Negatives dazu, um später einen Antrag zur Verhinderung in die BVV einzubringen. Eine neue Art von Demokratieverständnis und Toleranz?

Im Januar gibt es nun eine Sondersitzung zu diesem Thema. Dies hört sich fachlich erst einmal gut an, ist aber schon fast boshaft. Das

Jugendparlament hatte nämlich Geld für die Vorbereitung des Wettbewerbs in seinem knappen Etat belassen. Wenn dieses Geld bis zum Jahresende nicht ausgegeben wird, dann ist es schlicht und einfach weg. So kann man der ungeliebten Arbeit der engagierten jungen Menschen auch einen Riegel vorschieben.

Das neue Jugendparlament ist offensichtlich nicht bei allen gut angesehen. Bemerkte ich dies schon während der konstituierenden Sitzung. Es wurde getuschelt, dass Leute von der Antifa dabei sind, »wie die denn schon aussehen« und »ob das wohl gut gehen kann«. Ich allerdings bin beeindruckt, wie aus vielen unterschiedlichen Richtungen junge Menschen

in der Lage sind ein Jugendparlament zu gestalten. Da machen sie so manchem Erwachsenen noch etwas vor. Es geht nicht um das Aussehen, nicht um die Schule, die jemand besucht. Sie versuchen, für alle Jugendlichen im Bezirk Politik zu machen.

Angeboten werden die unterschiedlichsten Arbeitsgruppen. Mit viel Elan und Arbeitsaufwand wollen die Jugendlichen auch

ihre Einrichtungen erhalten, weil sie eben nicht auf der Straße herumlungern oder vor dem Fernseher hocken wollen. Sie setzen sich für

**Im Namen  
des Bezirksvorstandes  
der PDS Reinickendorf  
wünsche ich unseren  
Leserinnen und Lesern  
eine erbauliche und  
besinnliche  
Weihnachtszeit,  
einen guten »Rutsch«  
und ein gesundes neues  
Jahr und den Völkern  
dieser Welt ein Leben in  
Frieden.**

**Ihr Klaus Rathmann  
Bezirksvorsitzender**



ihre Belange ein. Ich meine: »Demokratie verstanden« und bin stolz auf diese jungen Menschen.

Leider sehen das nicht alle in der BVV so, denn Jugendliche, die nachfragen, sind unbequem. Jugendliche mit eigenen Ideen passen halt nicht in diesen Bezirk, müssen in ihrem Handeln behindert werden. Und dies in einer Art und Weise, dass sie angepasst werden an die Wünsche von Erwachsenen. Ich werde mich für die jungen Menschen einsetzen, mit ihnen kämpfen, für die Demokratie lohnt es sich.

**Renate Herranen**

# Streit um den Poloplatz in Frohnau

**HINTERFRAGT** Welches Spiel wird hier gespielt? Undurchsichtige Verkaufsabsichten, Teil I

Seit 93 Jahren gibt es ihn nun schon – den einzigen Poloplatz in Berlin. Heute befindet sich auf einem Teil des Grundstücks eine private Reit- und Springschule. Der Betreiber, gleichzeitig Pächter dieses Areals, sperrt nach 93 Jahren die Umwe-

gung am Poloplatz, welche die Fortsetzung eines öffentlichen Wanderweges ist.

Den Bürger/innen in Frohnau gefällt das gar nicht, schließlich nutzen sie schon seit Jahrzehnten diesen Weg. Es gründete sich eine Bürgerinitiative (BI). Informationen wurden gesammelt und es stellte sich schließlich heraus, dass der Pächter offensichtlich vertragsbrüchig geworden war: Im Erbbauevertrag ist nämlich festgehalten, dass eine dauerhafte Nutzung des Weges durch die Bürger/innen zu gestatten ist.

Die BI verschaffte sich Gehör beim Bezirksamt, das den Eigentümer des Grundstücks, das Land Berlin, vertritt. Das Thema Poloplatz wurde auch von der BVV behandelt, der Grünflächenausschuss beschäftigte sich damit und schließlich verabredete man einen Gesprächskreis mit der BI, allen Par-

teien und dem Bezirksamt. Dort war eine Einigung aber nur noch pro forma möglich, denn der Baustadtrat berichtete, dass das Grundstück verkauft werden soll. So beschlossen vom Steuerungsausschuss des Liegenschaftsfonds des Landes Berlin. Der Pächter hatte inzwischen einen Kaufantrag gestellt.

Die Chancen der Bürger, den Weg wieder wie einst nutzen zu können, nahmen damit ab. Aber warum das Grundstück nicht selbst kaufen? So gründete sich der Berliner Bürgerverein in der Gartenstadt Frohnau, um dieses Vorhaben zu realisieren.

Unterstützung suchte der Verein u. a. auch bei der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus, die sich des Falles annahm.

Fragen, Verwicklungen, Ungeheimheiten und Hintergründe ... Fortsetzung folgt!

**Olaf Schwabe**



© privat

*Der Sport  
nur noch  
Nebensache?*

## Provozierter Eklat in der BVV

**ENTLARVT** CDU brüskiert mit konspirativen Mitteln und falschen Angaben

Warum macht der das? Diese Frage tat sich in der letzten BVV auf. Jugendstadtrat Senfleben hatte die Große Anfrage der CDU-Fraktion zum Jugendschutz in *internet*-Cafés beantwortet. In der Debatte meldete sich auch L. Weser, CDU-Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Reinickendorfer Jugendparlaments zu Wort. In seinem Vortrag richtete er schwere, teils sehr persönliche, Vorwürfe an den Stadtrat. Er hätte in mehreren gewerblichen und bezirklichen *internet*-Cafés »recherchiert« und alarmierende Erkenntnisse gewonnen.

So könne man in einer Jugend-Einrichtung Porno- und gewaltverherrlichende Seiten im *internet* aufrufen und herunterladen. Es wären weder eine pädagogische Betreuung noch technische Kontrollen durch entsprechende Sperren vorhanden und der Stadtrat seiner Verantwortung nicht nachgekommen.

In seiner Replik auf diese Vorwürfe machte der Stadtrat deutlich, dass sich der BVV-Verordnete unter Vortäuschung falscher Tatsachen und Hinweis auf seine Mitgliedschaft im Jugendparlament außerhalb der offiziellen Öffnungszeiten Zugang zu den PCs in der angesprochenen Jugendeinrichtung verschafft habe. Bei einem zweiten »Besuch« wäre sogar ein Journalist anwesend gewesen. Selbst Computerexperten der LKA hätten auf Anfrage bestätigt, dass es eine umfassende Zugriffssicherheit auf entsprechende *web*-Seiten derzeit nicht gäbe. Die einzige wirksame Kontrolle könne nur durch die in der Einrichtung, konkret dem »Fuchsbau«, auch gewährleistete pädagogische Betreuung erfolgen.

Was dann folgte war eine Demonstration undemokratischen Verhaltens, insbesondere seitens der CDU-Fraktion. Wüste Beschimpfun-

gen, gepaart mit aggressiver Körpersprache machten den BVV-Saal zum Tollhaus. Erst die Einberufung des Ältestenrates durch den Vorsteher beendeten diese Farce. Die Sitzung wurde anschließend abgebrochen. Zurück blieben staunende und ungläubige Zuschauer, die diesem unrühmlichen Beispiel aus der parlamentarischen Demokratie zuschauen und zuhören »durften«.

Der Eklat war geplant und gezielt vorbereitet. Inzwischen hat der BVV-Verordnete im Jugendhilfeausschuss zugeben müssen, dass wesentliche Teile seiner Rede nicht der Wahrheit entsprachen. Ein Skandal! Eine öffentliche Entschuldigung

Hier sollte ein SPD-Stadtrat »demontriert« und diskreditiert werden. Mit Mitteln, die unfair, u. U. strafbar sind und unter die Gürtellinie gehen. Christlich? Demokratisch? Dass ich nicht lache!

**Jürgen Schimrock**

*Die nächste  
Bürger-  
sprechstunde  
der BVV  
findet am  
Mittwoch,  
den 8. Januar  
2003 um  
16.30 Uhr  
statt. mehr  
Infos auf  
unsere  
homepage.*

# Erzählstunde : Vom Stern »Autonomia«

**(KEIN MÄRCHEN** Wenn Andere über uns erzählen würden ...

Ich möchte euch eine wahre Geschichte erzählen. Eine Geschichte ohne Ende. Auf dem Planeten »Erde« im Berliner Bezirk »Reinickendorf« gab es eine Insel. Von außen betrachtet nicht, aber im Innern, da war diese Insel etwas ganz besonderes. Es war eine »offenes Haus«, man nannte es die »Baracke«. Dort kehrten oft die Jugendlichen der Gegend ein, fanden Freunde und Ansprechpartner, führten ernste Diskussionen und hatten auch viel Spaß. Sie wurden anerkannt und akzeptiert, oder wenigstens toleriert. Es gab niemanden, der dort unerwünscht war.

Eines Tages geschah etwas Grausames. Die Reichtümer der Stadt »Berlin« waren wegen kurioser Geldgeschäfte der Herrschenden verloren gegangen. Alle fragten: »Was nun?«

Von nun an wurde gespart, überall. Nein, fast überall. Ihr fragt: »Wieso nur fast?« Nun, auf der Erde ist es schon immer so gewesen,

dass es reiche und arme Menschen gab. Gespart wurde immer nur bei den Armen. Es scheint ein Naturgesetz dort zu sein, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Könnt Ihr Euch das vorstellen? So verhält es sich auf diesem Planeten.

Damit die Reichen nichts abgeben mussten, wurden viele Dinge, die die Menschen brauchten, teurer. In den Schwimmbädern bezahlte das Volk nun viel Geld und viele kleine Inseln für Kinder und Jugendliche, so wie die »Baracke«, wurden geschlossen. Die Jugendlichen mussten draußen bleiben.

Ihr fragt, warum denn die Reichen nicht etwas von ihrem Reichtum abgegeben haben? Ich weiß es wirklich nicht.

Die Menschen, die Jugendlichen in der »Baracke« ließen sich ihre Insel aber nicht so einfach wegnehmen. Sie versuchten zu kämpfen. Für ihr Recht, für die Gerechtigkeit. Doch die jungen Menschen und

auch die armen haben auf dem Planeten »Erde« kaum eine Chance. Ihr Mut, ihre Leidenschaft, Ihr Rückgrat wird schnell gebrochen.

Die von der »Baracke« aber kämpften verbissen. Sie schrieben Briefe und Artikel, sie sprachen sogar mit den Mächtigen in Reinickendorf. Sie verteilten Flugblätter, waren auf der Straße, warben bei den Großen für ihre Sache.

Doch was geschah? Am ersten Tag des Oktober 2002 irdischer Zeit wurde die Insel geschlossen.

Verzweiflung und Ohnmacht machten sich breit. Doch der Kampf war noch nicht ausgefochten. Die »Baracke« durfte nicht sterben. Die Jugendlichen wollten ihre »Insel« weiterführen, sie selbst verwalten. Doch auf der Erde musste man, selbst um auf eine leere Insel zu ziehen, um Erlaubnis fragen. Aber es war die einzige Hoffnung die blieb, und das Ende der Geschichte dürft Ihr Euch nun selbst ausdenken ...

**Zottel**

*Das Reinickendorfer Jugendparlament trifft sich einmal monatlich, nächstes Mal am 17. Dezember um 17.00 Uhr neben dem »Fuchsbau«, Torgauer Straße 66. Gäste sind willkommen!*

## Das Jugendparlament Reinickendorf

**LEERE VERSPRECHEN** Parteiunabhängig? Frei? Kreativ? Wie denn?

Anfänglich waren wir 21 Jugendliche, motiviert und optimistisch genug zu glauben, wir könnten im Bezirk etwas verändern. Wir gründeten AGs, kamen einmal im Monat zusammen und schickten Vertreter in Gremien. Die Politiker waren sichtlich begeistert, sprachen uns Mut zu und waren vor allem stolz, das Jugendparlament als Vorbild für andere Bezirke zu bezeichnen.

Jetzt, wo wir aktiv geworden sind, wollen sie uns nicht mehr, es wird ihnen unangenehm. Warum? Wir wehren uns gegen die rücksichtslosen Schließungen von Jugendeinrichtungen. Wir haken nach, was hinter den Versprechungen steckt. Und wir sehen nichts. Wir wurden gegen unseren Willen einfach rausgeschmissen aus unserem Haus im Märkischen Viertel. Bevor wir die Chance hatten, irgendwas

dagegen zu tun, saßen wir schon auf der Straße, bzw. in einem winzigen Raum im »Fuchsbau«, als Übergangslösung. Die Wohnung, in die wir dann umziehen sollten, war viel zu klein. Der Grundriss, der uns gegeben wurde, war falsch. Wir wurden belogen vom Stadtrat, der doch so begeistert von uns war. Das Beste ist aber: Wir dürfen den ganzen Umzug selbst bezahlen. Aus unserem Etat, der eigentlich für die Jugendlichen im Bezirk gedacht ist, müssen wir Feuerlöscher, einen Erste-Hilfe-Kasten und die Einrichtung bezahlen. Wir sind nun auch nur noch acht Mitglieder. Die Arbeit in den AGs stockt und ein Mitarbeiter wird gestrichen. Aktionen, die wir planen, werden von den Politikern systematisch im Keim erstickt.

Wir hatten zum Beispiel ein Wohnende geplant, an dem Jugend-

liche *graffiti* als Kunst hätten darstellen können. Wir wollten ihnen die Möglichkeit bieten, ihr Hobby legal auszuüben und ihre Werke auszustellen. Doch kamen Einwände von Politikern: »Die Jugendlichen werden angestiftet, Wände zu beschmierern, unseren schönen Bezirk zu verschandeln. Das kommt natürlich alles wieder vom Jugendparlament.« Mittlerweile werden uns Sachen »in die Schuhe geschoben«, an denen wir nicht beteiligt waren und nichts wussten. Es ist echt unglaublich. Ich hätte nie gedacht, dass Politik schon im Kleinen so korrupt ist und soviel Macht über den Einzelnen hat.

Uns Jugendlichen wird pure Ignoranz entgegengebracht. Das ist Tatsache; und es ist wirklich schade, weil die Jugend doch Deutschlands Zukunft ist. **Anna**



# Grundsicherungsamt mit Fehlstart?

**NACHGEHAKT** Computer-Probleme können zu Verzögerungen führen

Ab dem 2. Januar 2003 soll das neue bezirkliche Grundsicherungsamt die Mindestversorgung von Kleinstrentnern und nicht arbeitsfähigen Menschen sicherstellen und die Sozialhilfe ersetzen. Es wird auch in Reinickendorf mit mehreren Tausend Anträgen gerechnet.

Alle möglicherweise Anspruchsberechtigten werden bis zum Jah-

resende von BfA und den LVA angeschrieben und müssen, wenn sie nicht schon Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, einen Antrag stellen. Reinickendorf, wie alle anderen Bezirke auch, muss dieses neue Amt aus dem gegebenen Stellenplan besetzen. Nach Angaben von Stadtrat Balzer wird dies vornehmlich mit Umbesetzungen aus dem Wohnungsamt geschehen.

Nun gibt es, wie inzwischen bekannt wurde, Probleme mit der entsprechenden *computer-software*, da die *pc's* in den Bezirken bisher nur bedingt kompatibel, d. h. im Klartext »nicht einsetzbar« sind. Die manuelle Bearbeitung wird von den Mitarbeitern im Bezirksamt kaum zu schaffen sein, da sie darauf personell nicht vorbereitet sind. Längere Wartezeiten sind für Neu-Anträge mit Sicherheit zu erwarten, rückwirkende Nachzahlungen aber sichergestellt, wenn diese bis Ende Januar eingehen. **J. Schimrock**

Grund-  
sicherung  
ist kein  
»Bären-  
dienst«



© Marion Lubina

## Termine

■ Wie jedes Jahr treffen wir uns zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die vor 84 Jahren ermordet wurden. Der Landesvorstand der PDS ruft die Mitglieder und Sympathisanten auf, an den verschiedenen Formen der Ehrung teilzunehmen: **12. Januar** von 9.00 bis 13.00 Uhr stilles Gedenken in Friedrichsfelde, 10.00 Uhr Demonstration zur Gedenkstätte der Sozialisten; **15. Januar** um 18.00 Uhr vom Olof-Palme-Platz zu den Denkmälern am Landwehrkanal.

## Gute-Nacht-Cafés wieder offen

Wohnungslose Frauen und Männer können im Winter wieder das Projekt der evangelischen Kirche nutzen. Im Hermsdorfer Gemeindehaus Jahnstraße 10 und im Hermann-Ehlers-Haus in Alt-Wittenau 70 sind sie täglich von 18 bis 8 Uhr willkommen. Am Abend gibt es warmes Essen und am Morgen Frühstück. Finanziert wird das Angebot durch die evangelische Kirche und Stiftungsmittel (8.800,- Euro).

# Setzen, Walter, fünf minus!

**GLOSSIERT** Ex-Ehrenbürger verbeugt sich vor Noch-Ehrenbürger

Der Parlamentspräsident und Reinickendorfer SPD-Abgeordnete Walter Momper sollte nun wahrlich nicht pisageschädigt sein! Wie der Autor dieser Zeilen, mehr als ein halbes Jahrhundert alt und Historiker, kann er sich mit den aktuellen Mängeln des bundesrepublikanischen Schulsystems nicht entschuldigen, wenn er anlässlich der Debatte im Abgeordnetenhaus um den »Ehrenbürger« Paul von Hindenburg sein mangelndes Leseverständnis zeigt!

Für Momper ist der »Held von Tannenberg« allein der »absolut legalistische und demokratische« zweite Präsident der ersten deutschen Demokratie in den Jahren seit 1925. Sein Sieg 1932 habe überdies verhindert, dass Hitler schon zu

diesem Zeitpunkt Reichspräsident wurde. Bis dahin habe der »greise Feldmarschal«, laut Momper, noch nicht mit Notverordnungen zum Demokratieabbau beigetragen.

Da muss der Historiker Momper in den gängigen Geschichtsbüchern so einiges überlesen haben. Der Reichskanzler Brüning regierte seit 1930 durch ein System von Notverordnungen, die Hindenburg erließ. Im ersten Weltkrieg wandelte sich das Reich zur Militärdiktatur. Hindenburg gab dafür seinen Namen her. Nach der, von ihm geforderten, Kapitulation log er die wahren Abläufe in die »Dolchstoßlegende« um.

Wahrlich eine große Leistung des Historikers Momper. Wir attestieren ihm eine Lese- und Rede-

schwäche voll im Trend der PISA-Studie. »Setzen, Walter, fünf minus« (gerade noch)!

**Robert Scholz**



Hitler und Hindenburg

© DPHM

### Impressum

Herausgegeben vom Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf, V. i. S. d. P.: Klaus Rathmann.

»Wir in Reinickendorf« wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht: PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 43 84 81 68 12.

### »Roter Laden«

Schloßstraße 22 13507 Berlin-Tegel. Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 15.00 bis 18.00 Uhr. Tel.: 43 73 26 30, Fax: 43 73 26 32 e-mail: pds.reinickendorf@t-online.de internet: www.pds-reinickendorf.de